
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 10 (1982)

DOI: 10.11588/fr.1982.0.51241

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Besatzungsmächte eher sekundär war, daß vielmehr der beginnende Kampf der wiedergegründeten traditionellen Parteien keinen Platz mehr für solche Einheitsorganisationen ließ.

Lein stand für seine Braunschweiger Untersuchung der umfangreiche Nachlaß des Vorsitzenden der Braunschweiger »Antifa«, Brinkmann, eines ehemaligen Mitglieds der Kommunistischen Partei-Opposition zur Verfügung, daraus hat er im Anhang auch interessante Dokumente abgedruckt. Dabei zeigt sich, daß die Braunschweiger Organisation als »Antifaschistischer Aktionsausschuß« gegründet wurde, sich aber auch »Antifa« oder manchmal »Antifaschistische Aktion« nannte. Da Lein die historische Komponente sehr stark einbezieht, ist (neben der Vernachlässigung der USPD in der ehemaligen USPD-Hochburg Braunschweig) erstaunlich, daß er seine Arbeit »Antifaschistische Aktion« nennt. Die »Antifaschistische Aktion« war ja 1932 ein politisches Instrument der KPD. An diese KPD-Aktion knüpft der Titel von Lein bewußt an, denn er bringt auf dem Buchumschlag sogar das Emblem dieser Aktion von 1932. Doch die »Antifaschistische Aktion« von 1932 wurde entsprechend der Generallinie der KPD unter dem Druck der Komintern gegen die Sozialdemokratie instrumentalisiert.² Diese »Aktion« war also kaum ein Modell für die Einheitsorganisation, als die sich der Braunschweiger »Antifaschistische Aktionsausschuß« unter einem oppositionellen Kommunisten verstand, der ja gerade die ultralinke Politik der KPD von 1932 verworfen hatte. Sollte die Braunschweiger Antifa dennoch das Emblem der KPD-Aktion von 1932 verwendet haben, wäre dies für ihre Einschätzung wichtig und Lein hätte dies vermerken müssen. So verleitet der Buchtitel zu falschen Schlußfolgerungen über die Traditionslinie der »Antifas« von 1945, über deren Rolle im Jahr 1945 die Diskussion wohl noch nicht abgeschlossen ist.

Hermann WEBER, Mannheim

Udo HORNBERGER, Sozialdemokratie oder Linksunion. Parteireform und Bündnispolitik der französischen nichtkommunistischen Linken zwischen 1962 und 1968, Stuttgart (Klett-Cotta) 1980, 390 S.

Die bei Theodor Eschenburg in Tübingen angefertigte Dissertation von Udo Hornberger stellt nicht die erste Studie dar, die sich mit der Entwicklung der nichtkommunistischen Linken Frankreichs von der endgültigen Etablierung des gaullistischen Präsidialsystems bis zu den Erschütterungen des Mai 1968 befaßt. Sie erschließt vergleichsweise wenig neues, bislang unveröffentlichtes Material (im wesentlichen aus dem Archiv des MRP); und sie versteckt, was sie an neuen Ergebnissen zu bieten hat, auch noch hinter einem äußerst kurzatmigen Argumentationsgefüge voller Vorwegnahmen und ermüdender Wiederholungen. Dennoch lohnt sich ihre Lektüre: H. gelingt es dank genauer Einzelbeobachtung und einer großen Vertrautheit mit der politischen Kultur des zeitgenössischen Frankreich, in einer Reihe wesentlicher Punkte über die Erträge der bisherigen Arbeiten zur Oppositionspolitik der 60er Jahre (insbesondere Simmons, Wilson und Poperen) hinauszukommen.

Zunächst einmal schildert H. das Phänomen der »Clubs«, die sich zu Beginn der V. Republik formierten und die Neuorientierungsversuche der nichtkommunistischen Linken dann nachhaltig beeinflussten, nicht nur, wie bislang üblich, als Reaktion auf die Erstarrung und Auszehrung der mittleren Parteien der IV. Republik – SFIO, MRP und Radicaux –, sondern auch als dialektische Gegenbewegung zur Entpolitisierung des öffentlichen Lebens, wie sie von gaullistischer Seite betrieben wurde. Auf diese Weise wird die Beunruhigung, die ihr Auftreten im Regierungslager auslöste, erstmals voll verständlich, ebenso der missionarische Eifer, mit

² Hermann WEBER, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982.

der sie an die Reform des Parteiensystems herangingen, ihr Sendungsbewußtsein und ihr Glaube an die Machbarkeit politischer Verhältnisse. H. spart nicht mit Kritik an diesem Sendungsbewußtsein; er macht deutlich, daß es nicht nur, was nicht anders zu erwarten war, zu einer Unterschätzung des Beharrungsvermögens der traditionellen Parteibürokratien und der Notwendigkeit von Kompromissen im politischen Alltagsgeschäft führte, sondern auch zu einer bemerkenswerten Distanz zu den traditionellen Sozialmilieus, die am wirtschaftlichen und politischen Modernisierungsprozeß nicht in dem Maße teilnahmen, wie es die »Reformer« für notwendig hielten, und zu einem erstaunlich leichtfertigen Umgang mit dem Problem der kommunistischen Partei: Die Wissenschaftler und Journalisten, die im Herbst 1963 Gaston Defferre als Kandidaten für das Präsidentenamt lancierten und zugleich die Neuformation der linken Mitte um diesen Kandidaten betrieben – so Georges Suffert, Olivier Chevrillon, Maurice Duverger, Georges Vedel, Michel Crozier und andere vom »Club Jean Moulin« sowie Jean-Jacques Servan-Schreiber und Jean Ferniot vom »Express« –, hofften offensichtlich, einen wahlentscheidenden Teil des kommunistischen Wählerblocks für einen Präsidenten der linken Mitte gewinnen zu können, ohne dem Parteiapparat der PCF auch nur das geringste Zugeständnis machen zu müssen.

Sodann liefert H. einige neue Beiträge zur Erklärung des Scheiterns des Versuchs, mit der »Grande Fédération« SFIO, MRP, Radicaux und die in den traditionellen Parteien nicht mehr repräsentierten »forces vives« zu einer neuen sozialen Reformpartei »travaillistischen« Zuschnitts zu verschmelzen. Von den politischen Zielvorstellungen her bestanden gute Voraussetzungen für ein Gelingen der Integrationsbemühungen: Hinsichtlich der Notwendigkeit der Forcierung des europäischen Integrationsprozesses, der Verbesserung der Beziehungen zu den USA, besserer Nutzung des technischen Fortschritts, gerechterer Verteilung der wirtschaftlichen Zuwachsraten und stärkerer Partizipation der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß herrschte ein breites Maß an Übereinstimmung zwischen den potentiellen Bündnispartnern; Differenzen in der Frage der Verstaatlichungen und der Laizität des Schulwesens ließen sich bei einigem guten Willen überbrücken. Daß sie hochgespielt wurden, lag am Machtwillen und der mangelnden Anpassungsbereitschaft der traditionellen Organisationen – und zwar nicht nur, wie Wilson und andere Defferre-orientierte Autoren bisher behaupteten, an der traditionellen SFIO-Führungsequipe um Guy Mollet, sondern mindestens ebenso an MRP-Führern wie Joseph Fontanet und Jean Lecanuet und an den Führern der nichtkommunistischen Gewerkschaften, die, von Ausnahmen abgesehen, nicht bereit waren, über den Schatten ihrer syndikalistischen, laizistischen und sonstigen Traditionen zu springen. Hinzu kam dann noch der Mangel an Begeisterungsfähigkeit und Entschlußkraft bei dem »Föderator« Defferre: Der sozialistische Bürgermeister von Marseille schreckte davor zurück, Mollet auf dem SFIO-Parteitag vom Februar 1964 eine eindeutige Niederlage beizubringen, die ihm zu größerer Bewegungsfreiheit gegenüber seiner eigenen Partei verholfen hätte; er verstand es nicht, durch direkten Appell an die »forces vives« eine weitertragende Dynamik für sein Reformprojekt zu entwickeln; und er agierte in den entscheidenden Fusionsverhandlungen des Juni 1965 nur als Vermittler, nicht als offensiver Herausforderer der traditionellen Parteiführer. Die Reformer aus den Clubs und den Parteiminderheiten konnten sich unter diesen Umständen nicht gegen die Koalition der etablierten Kräfte durchsetzen.

Schließlich enthält H.s Studie eine Reihe wichtiger Beobachtungen zur Entwicklung des auf lange Sicht gesehen erfolgreichen Gegenprojekts einer »Linksunion«, das die sozialdemokratischen Kräfte statt zur Verschmelzung mit der demokratischen Mitte zum Bündnis mit den Kommunisten führte. H. weist darauf hin, daß mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung der »Grande Fédération« und dem anschließenden Rücktritt Defferres von der Präsidentschaftskandidatur im Juni 1965 nicht nur das »Travaillismus«-Projekt nachhaltig diskreditiert war, sondern auch die Idee einer bloßen Wahlunion der demokratischen Linken mit dem Zentrum gegenüber den Tendenzen zur taktischen Allianz mit den Kommunisten an

Boden verlor. Er zeigt weiterhin, daß François Mitterrand, der sich – die Abneigung Mollets gegen eine Neuauflage des Experiments Defferre geschickt ausnutzend – Anfang September 1965 als neuer Präsidentschaftskandidat der Linken präsentierte, keineswegs von Anfang an gezielt auf die Linksunion hinarbeitete, wohl aber in seinem Bestreben, alle antigauillistischen Kräfte um sich zu sammeln, anders als Defferre Kontakte zur PCF-Führung nicht von vorneherein ausschloß, sich mit dem Verzicht auf ihre Isolierung ihre Unterstützung im Präsidentschaftswahlkampf einhandelte und damit seine eigene politische Karriere in den Reihen der Linken immer deutlicher mit der Linksunion-Strategie verband. Und er macht deutlich, daß das Linksunion-Projekt in gewisser Weise mit dem Ziel konkurrierte, die SFIO in eine Föderation nun wenigstens mit den Radicaux und dem Mitterrand-orientierten Teil der Clubs (in der Convention des Institutions Républicaines) einzuschmelzen, sodaß Mitterrand, der im Grunde beides betrieb, auch nach seinem Achtungserfolg in den Präsidentschaftswahlen von Dezember 1965 lange Zeit – letztlich bis zum Mai 1968 – das Bündnis mit den Kommunisten dilatorisch behandelte.

Dem Anspruch, die »Vorgeschichte der französischen Linksunion unter ihren innenpolitischen Aspekten zu klären« (S. 9), wird H. freilich nicht gerecht. Dazu ist der Ansatz der Arbeit zu eng gewählt: Weder die Entwicklung auf kommunistischer Seite noch die Impulse, die von der PSU als sozialistischer Alternativpartei und von anderen mit ihr verbundenen Gruppen ausgingen, werden in der für ein solches Unternehmen notwendigen Weise gewürdigt; die Darstellung der SFIO vor der Konfrontation mit Defferres Föderationsprojekt bleibt klischeehaft; die Entwicklung, die sie seit dessen Scheitern nahm, wird kaum mehr angesprochen; und die vielfältigen Umbrüche im politischen Spektrum der Linken im Gefolge des Mai 1968 bleiben ganz außerhalb des Untersuchungszeitraums, auch wenn sie, um wenigstens das Ergebnis der Mitterrandschen Bemühungen benennen zu können, gelegentlich angesprochen werden müssen. Zudem fasert die Studie, durch die problematische zeitliche Abgrenzung und mangelnde Präzision der Fragestellung mitbedingt, gegen Ende allmählich aus, ohne daß Schlußpunkt oder Bilanz der Untersuchung deutlich werden würden. Die wertvollen Einzelbeobachtungen bleiben isoliert, ohne sich zu einem überzeugenden Gesamtbild zu fügen.

Im übrigen leidet die Studie etwas darunter, daß H. die Literatur zur Vorgeschichte der Linksunion, die seit dem Abschluß der Arbeit als Dissertation Anfang 1976 erschienen ist, für die Druckfassung nicht mehr rezipiert hat. Das ist bedauerlich, weil die Forschung in diesem Bereich angesichts der unterdessen erreichten Aktualität des Themas doch sehr rege gewesen ist; und es ist ärgerlich, weil H. gleichzeitig eine Reihe von Forschungsdesideraten nennt (etwa zur Entwicklung des Sozialistenführers Léon Blum), denen unterdessen längst Rechnung getragen worden ist.

Wilfried LOTH, Saarbrücken

Arnulf BARING, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1982, 832 S.

Barings Buch, in Auszügen im Spiegel vorabgedruckt, sorgte schon vor seinem Erscheinen für Gesprächsstoff und sogar, wie es in der Süddeutschen Zeitung hieß (18. 3. 1982), für Nervosität in Bonn. War doch bekannt, daß der Berliner Zeithistoriker und Politikwissenschaftler im Auftrag und mit Unterstützung von Bundespräsident Walter Scheel eine Geschichte des ersten sozialliberalen Regierungsbündnisses in Bonn, der von 1969 bis 1974 dauernden »Ära Brandt-Scheel« geschrieben hatte und daß er, eben dank der Förderung durch den damaligen Bundespräsidenten, Einblick in bis dato nicht zugängliche Akten (Ausnahme: das Auswärtige Amt) und persönliche Aufzeichnungen erhalten und mit den im Bonner politischen Zentrum oder auch nur an der Peripherie Handelnden Gespräche geführt hatte.